Nummer 25 — Halle, Sonnabend, den 30. Januar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postbezug einschließlich ohne Bestellgeld 1.60 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. zw. 10 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet: die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagsanstalt Alte Promenade 12 u. Str. Bernhardsbadstr. 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reichold Gleichauf, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Herr Reichspräsident empfing heute eine Abordnung der Stadt Marienburg, deren Ehrenbürger er ist; ferner eine Abordnung des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter und Werkbeamte, sowie des Reichsbundes deutscher Angestelltenberufsverbände, die u. a. die Bedenken vortrugen, die in der Werkgemeinschaftsbewegung gegenüber den Gesetzentwürfen zum Reichswirtschaftsrat, zum Arbeitsgericht und zur Arbeitslosenversicherung vorhanden sind, und Vorschläge zur Frage der Arbeitslosenkrise unterbreitete.

*

Das Kuratorium des Arbeitsausschusses deutscher Verbände hat in einer Sitzung in Berlin einstimmig den Standpunkt eingenommen, daß die Locarnoverträge keine Aenderung des Programms: Kampf gegen Schuldlüge und Revision des Versailler Vertrags bedinge.

*

Der Reichsrat nahm einen Gesetzentwurf über Aenderung des Postfinanzgesetzes an, der die Zahl der Reichstagsvertreter im Verwaltungsrat der Post vermehrt und die Höhe der Rücklagen der Reichspost herabsetzt, so daß ein höherer Betrag aus den Ueberschüssen an das Reich abgeführt werden kann.

*

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit zwei Anträgen, die um Genehmigung nachsuchen zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Kellermann und Lademann wegen Gotteslästerung. Der Ausschuß entschied sich dahin, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

*

In Hamburg kam es im Anschluß an Kommunistenversammlungen zu einem nächtlichen Zusammenstoß mit der Polizei, die mit Gummiknüppeln die Straßen räumten und acht Verhaftungen vornehmen mußte; ein Reviervorsteher wurde verletzt.

*

Das Breslauer Oberlandesgericht verurteilte den kaufmännischen Direktor Kaul, Sohn eines Hamburger Senators, wegen Verrats militärischer Geheimnisse, zu 6 Jahren Zuchthaus, und seine Braut Gertrud Schmidt aus Namslau zu zwei Jahren Gefängnis.

*

Die Kreditkündigungen amerikanischer Banken für die deutsche Industrie haben wieder in erhöhtem Maße eingesetzt. Der gestern gemeldeten Kündigung von 16 Millionen Dollarkredite zum 28. Februar in der Berliner Industrie sind auch Kreditkündigungen in der Werftindustrie gefolgt. Hiermit im Zusammenhang stehen die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte von einem bevorstehenden Verkauf der Stinnes-linie an amerikanische Interessenten.

*

Der Berliner Magistrat hat gestern die Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer von 10 auf 5 Prozent für die Theater, die mit Unterbilanz arbeiten, abgelehnt.

*

In Helsingfors sind am 27. Januar die Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt mit dem 27. Februar in Kraft.

*

Die Londoner „Times" melden, daß Rußlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz an zwei Tatsachen scheitere. Erstens werde die Schweiz keine Abhitze für die Ermordung des russischen Vertreters Warowskis leisten, zweitens lehne man ab, die Schweiz dadurch zu desavouieren, daß man die Konferenz nach einem Ort außerhalb der Schweiz einberufen würde.

*

Die Verhandlungen zwischen der französischen und der russischen Delegation zwecks Regelung der russischen Schulden an Frankreich werden erst zwischen dem 12. und 15. Februar in Paris ihren Anfang nehmen.

*

Das sowjetrussische Gouvernementsgericht in Jaroslaw verhängte gegen streikende Arbeiter schwere Freiheitsstrafen. Sieben Angeklagte wurden zu je fünf Jahren Gefängnis und lebenslänglicher Verbannung in das Transbaikalgebiet, 16 Personen zu Verbannung in das östliche Sibirien verurteilt. Die Angeklagten hatten keine Verteidiger.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet, 11 Abgeordnete der liberalen Partei erklären ihren Entschluß, aus der Partei auszutreten, wenn Lloyd George zu einer Austrittserklärung von der Gesamtpartei gezwungen wird.

*

Im australischen Unterhaus empfahl der Generalstaatsanwalt die Annahme eines Gesetzes, daß die Teilnehmer an verbotenen Vereinigungen mit Geld- und Gefängnisstrafe sowie alle, die für den Umsturz der Verfassung eintreten oder dazu Beihilfe leisten, bestraft werden. Das Gesetz ermächtigt ferner den Generalgouverneur, jederzeit zu erklären, daß sich das Land im Zustand drohender Arbeitsunruhen befinde und während der Zeit, in der diese Erklärung in Kraft bleibt, kann jeder, der an einem Streik oder Aussperrung teilnimmt, gesetzlich verfolgt werden. Das Gesetz ist im wesentlichen gegen die Kommunisten gerichtet.

10 Stimmen Mehrheit für Dr. Luther.

Im Reichstag wurde das Vertrauensvotum der Regierungsparteien mit 160 gegen 150 Stimmen bei 131 Stimmenthaltungen angenommen.

Für das Vertrauensvotum haben gestimmt: 64 Zentrum, gefehlt haben 4; 47 Deutsche Volkspartei, gefehlt 4; 18 Bayerische Volkspartei, gefehlt 1; 30 Demokraten, gefehlt 2; und 1 Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung; insgesamt 160.

Gegen das Vertrauensvotum haben gestimmt: 102 Deutschnationale, gefehlt 8; 39 Kommunisten, gefehlt 5; 8 Völkische, gefehlt 7; und 1 Fraktionsloser; insgesamt 150.

Der Stimmenenthalten haben sich 113 Sozialdemokraten, gefehlt haben 18 Abgeordnete; eine sozialdemokratische Stimme war ungültig, weil sie doppelt abgegeben war. Außerdem haben sich 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung der Stimme enthalten, gefehlt haben 2.

Wenn die 10 Stimmen Mehrheit für das Kabinett noch über die vorher errechnete Zahl hinausging, so lag das zum Teil auch daran, daß verhältnismäßig viele Mitglieder der Völkischen Arbeitsgemeinschaft fehlten. Eine unfreiwillige Lücke hatte in die Reihen der Völkischen

ein Zwischenfall

gerissen, der sich beim Beginn der Sitzung abspielte. Der erste Debattredner der gestrigen Sitzung war der völkische Abg. Henning.

Er sprach der Regierung das Mißtrauen seiner Freunde aus und endete seine Rede mit dem Satz, man müsse geradezu von einer Regierung der Henkerskneechte für das eigene Volk sprechen. Reichskanzler Dr. Luther sprang bei diesen Schlußworten in höchster Erregung von seinem Platze auf. Er trat dem Abg. Henning, der sich wieder an seinen Platz begeben wollte, entgegen und rief ihm zornig zu, er verbitte sich ganz energisch derartige unerhörte Beleidigungen. Die Erregung [illegible] das ganze Haus, man hörte laute Rufe „Raus! raus!".

Der Vizepräsident Dr. Bell schaffte erst Ruhe durch seine von der Mehrheit mit starkem Beifall aufgenommene Erklärung, daß er den Abg. Henning wegen seines in größter Weise gegen die Ordnung des Hauses verstoßenden Verhaltens von der Sitzung ausschließe und aus dem Saal weise. Abg. Henning verließ darauf unter höhnischen Zurufen der Linken den Saal.

Abg. Dr. v. Lindeiner-Wildau (Deutschnational) leitete seine Ausführungen mit der Erklärung ein, daß er gerade als Vertreter der Opposition das Auftreten des Abg. Henning gegen den Reichskanzler aufs allerschärfste mißbilligen müsse, da es die Würde des Parlaments herabsetze.

Der Redner bezeichnet die Krise als eine solche des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt, das nun vor dem Zusammenbruch stehe. Die heutige deutsche Außenpolitik werde dem Ernst der internationalen Lage nicht gerecht.

Auch wir sind der Meinung, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer

Verständigung mit unseren früheren Feinden.

Aber wir wollen nicht allein die Gebenden sein. Nach den Enttäuschungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarnovertrage dürfen wir nicht unseren letzten Trumpf, den Eintritt in den Völkerbund, ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben.

Wir müssen ernsthaft prüfen, ob dieser Völkerbund geeignet ist, dieser Friedensbringer zu sein. Man errichte überall nur neue Barrikaden, um den Einfluß Deutschlands zu verringern. Der Redner fordert den Schutz der nationalen Minderheiten und Rückgabe der deutschen Kolonien und das Recht der Selbstbestimmung bez. einer Vereinigung mit Oesterreich und den deutschen Minderheiten in anderen Ländern. Es werde Frieden in Europa geben, wenn das deutsche Volk das Recht zum Deutschen Nationalrat habe. Die deutsche Irredenta sei die größte der Welt.

Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die deutschnationale Opposition keine kleinliche, sondern eine rein sachliche sein werde in dem Ringen um die deutsche Zukunft.

Abg. Koenen (Kom.) protestiert gegen den Ausschluß des Abg. Hennigs.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Vereinigg.) bedauert das geringe Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber dem Mittelstande. Er sei durchaus für eine Preissenkung, aber man dürfe nicht immer den Mittelstand zum Prügelknaben machen.

Abg. Dr. Feder (völk.) wirft der Reichsregierung vor, das deutsche Volk in die Zinsknechtschaft des internationalen Großkapitals gebracht zu haben.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Aus Gründen der auswärtigen Politik werde die sozialdemokratische Fraktion Mißtrauensanträge ablehnen, wegen der inneren Politik könne sie ein Vertrauensvotum nicht annehmen. Sie werde sich daher bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme enthalten.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) beantragt die Ueberweisung des deutschnationalen Antrages über die Vorbedingungen zum Eintritt in den Völkerbund an den Auswärtigen Ausschuß. Man müsse erst die Verhandlungen des Außenministers mit den fremden Mächten abwarten. Die Fragen würden auch noch im Auswärtigen Ausschuß vor dem Beitritt zum Völkerbund erörtert werden.

Abg. Graf Westarp (dnal.) widerspricht der Ueberweisung seines Antrages an den Auswärtigen Ausschuß. [illegible] stimmt in der Voraussetzung, daß keine Bindung in Locarno erfolgen sollte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

verweist auf Erklärungen der Besatzungsmächte vom gestrigen Tage, worin es heißt, daß die Regierungen der Besatzungsmächte entgegen gewissen Pressemeldungen keinerlei Entschließung in dem Sinne gefaßt haben, daß die Stärke der Besatzungstruppen 75 000 Mann oder annähernd soviel betragen solle. (Hört! Hört!) Die Besatzungsmächte, besonders Frankreich, stehen bei der Auffassung stehen, die sie wiederholt ausgesprochen haben. Sie sind dabei, die Einzelheiten zu prüfen mit dem Ziel, die Zahl der stehenden Truppen auf das denkbar geringste Maß herabzudrücken. Der in der Note vorgesehene Maßstab wird verwirklicht werden, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Als Termin der Kölner Räumung wird der 31. Januar Mitternacht festgesetzt.

Damit schließt die Aussprache.

Präsident Löbe schlägt vor, dem Abg. Henning Gelegenheit zur Teilnahme an der Abstimmung zu geben. Abg. v. Guérard (Zentr.) widerspricht, da die Beleidigung mit kaltem Blute ausgesprochen worden sei. Abg. v. Graefe (völk.) erklärt, daß Henning nicht einen Millimeter entgegenkommen werde.

Präsident Löbe zieht darauf seine Anregung zurück. Der Antrag Westarp über die Vorbedingungen für den Eintritt in den Völkerbund wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Es folgt die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien. Es lautet: „Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstags."

Die Abstimmung hat das obenstehende Ergebnis. Die Mißtrauensanträge sind damit erledigt. Darauf vertagt sich das Haus.

Befreiung Kölns.

Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter von Hösch eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Besetzung der Kölner Zone am 31. Januar Mitternacht ihr Ende erreicht.

*

Aus Köln wird gemeldet: Die Nachricht, daß die Kölner Zone am 31. Januar, 12 Uhr nachts, frei wird, hat hier allenthalben freudige Ueberraschung und Begeisterung hervorgerufen. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat sofort beim Kultusminister den Antrag gestellt, am Montag, 1. Februar, den Schulunterricht ausfallen zu lassen.

Wie verlautet, findet in der Nacht von Sonntag, 31. Januar, zu Montag, 1. Februar, mitternacht, eine kurze öffentliche Befreiungsfeier auf dem Domplatz in Köln statt. Wenn die Mitternachtsstunde schlägt, beginnt die Petrus-Glocke des Domes zu läuten und sämtliche Kirchenglocken folgen. Vor dem Hauptportal des Domes hält Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine kurze Ansprache an die Bevölkerung. Die Feier wird durch die deutschen Rundfunksender in Königswusterhausen aufgenommen und an alle deutschen Rundfunkempfänger weitergeleitet.

Eine neue Entwaffnungsnote?

Das Pariser „Echo" meldet: Der Ministerrat hat beschlossen am 4. Februar 1800, am 6. Februar 2900 und am 10. Februar 2100 französische Truppen in die Heimatgarnisonen zurückkehren zu lassen. Der Abbau der Besatzungsarmee würde damit vorläufig zum Abschluß kommen.

Dem „Journal" zufolge hat die Botschafterkonferenz der Verlängerung der Militärkontrolle über Deutschland und gleichzeitig einer neuen Note an Deutschland zugestimmt.

Ein Protest Frankreichs.

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Berlin: Die Intervention des französischen Botschafters im Auswärtigen Amt gilt dem noch immer fortdauernden Eintritt deutscher Offiziere des alten Heeres in die Armee Abdel Krims und in letzter Zeit auch in die Reihen der in Syrien im Aufstand stehenden Drusen. Frankreich hat ein Interesse daran, daß diese Unterstützung seiner Gegner durch frühere deutsche Offiziere im Frühjahr keine Fortsetzung findet, wenn die günstige Jahreszeit ein Wiederaufleben der Kämpfe bringen sollte.

Menschen-Oekonomie.

Wer nur an Wirtschaft oder Kapital, oder Kredit, oder Währung, oder Exportindustrie, oder Ausfuhrhandel denkt und davon redet, der wird die große Wirtschaftskrise in Deutschland niemals ganz verstehen oder erklären können.

Es handelt sich hier um Menschenökonomie, — um ein Stück Biologie im Großen, wozu naturwissenschaftliches Denken gehört. Die deutsche Not, die deutsche Gefahr, in welche Millionen von Menschenleben ziemlich ahnungslos hineinmarschieren, ist ein Exempel im Großen über Menschenleiber.

Was sind Menschenleiber? Sind sie nicht verwandelte Getreideernten? Sie leben von Fleisch, Fett und Brot; — dies alles sind verwandelte Bodenfrüchte. Sie brauchen auch noch Kleidung, Heizung und Wohnung; — aber das ist alles verwandelte menschliche Arbeit und diese hat wiederum denselben Ursprung. Ich fand einst ein altes Gedicht: beschreibend ein Getreidefeld in der Junisonne, das der Ernte entgegengereift; — der Dichter sagte am Schluß: „Schau her, o Mensch, — hier wächst Dein Fleisch."

Getreide, Futterküben, Wiesenheu, woraus alles Lebendige in der Volkswirtschaft sich aufbaut, — vierbeiniges, sowohl wie zweibeiniges, — woraus bestehen sie? Aus verwandelter Sonnenenergie. Also sind alle diese Menschenleiber, welche das deutsche Volk ausmachen, jung und alt, nichts anderes als: verwandelte Sonnenenergie — verwandelte Lichtstrahlen, welche uns aus der strahlenden Schönheit jugendlicher Leiber und auch noch aus den glänzenden Augen der Alten entgegenleuchten.

Klingt etwas dichterisch, — ist aber nicht Dichtung; — sondern das ist Naturwissenschaft, das ist Volkswirtschaft, — als Biologie im Großen betrachtet.

Nehmen wir an, daß es in Deutschland 10—12 Millionen Bauschäfte gibt. In diesen 40 Jahre [illegible] Menschenleiber verwandelt. Es besteht nun die Tatsache, daß von dieser Menge Menschenleben in der Vorkriegszeit etwa ein Fünftel von übersee[illegible] Ackerflächen, also von importierter Sonnenenergie lebt. Menschenleben im Großen angesehen braucht Bodenfläche, um Sonnenlicht aufzufangen; — aber die Bodenfläche kann weit liegen, z. B. in den Getreideprovinzen von Nordamerika oder Argentinien oder Australien.

Nach dem Kriege ist der lebendige Menschenkörper in Deutschland, welcher Stadtvolk oder Industrievolk heißt, nicht kleiner, sondern größer geworden. Er bildet sich ein, in der gewohnten Weise wie vor dem Kriege weiterleben zu können. Wird das gehen? Da ist die deutsche Gefahr: — die heutige Wirtschaftskrise ist nur eines der Bilder, in welchen nacheinander sich die deutsche Gefahr unserem Auge darstellt.

*

Es gibt im Leben eines Volkes Zeiten des Reicherwerdens und Zeiten des Aermerwerdens. Wir haben jetzt Verarmungszeit. Nehmen wir an, daß das deutsche Volk in der Vorkriegszeit ein Gesamteinkommen von 40 Milliarden hatte, so war doch in dieser Gesamtunternehmung ein Ueberschuß von jährlich etwa 5 Milliarden (manche rechneten sogar 8—10 Milliarden). Dieser Ueberschuß an Kapital war sehr notwendig; denn auch der lebendige Menschenkörper wuchs jährlich um etwa 600 000 Menschlein, welche nach Nahrung, Kleidung und wenn sie größer wurden, nach Arbeitsräumen, Werkzeugen, neuen Wohnungen, kurz nach Kapitalausstattung schrien. Aber auch darüber hinaus war ein wirklicher bedeutender Reingewinn da, welcher durch wachsende Steuerkraft und wachsende Kapitalanlage der gesamten Nation zugute kam.

Nehmen wir an, daß das deutsche Volk heute in der Nachkriegszeit ebenfalls ein Gesamteinkommen von 40 Milliarden habe. Aber das besteht in einem geringeren Gelde, welches weniger bedeutet (vielleicht nur 27 Milliarden alten Wertes). Das Schlimmere aber ist, daß hier ein Minus, ein Defizit, ein Fehlbetrag gegenüber dem Verbrauch da ist von ungefähr wiederum 5 Milliarden Mark jährlich.

Da ist die Ursache der progressiven Verarmung, in der wir uns befinden. Wie decken wir diesen Mehrverbrauch oder Fehlbetrag seit sieben Jahren? Genau wie es ein leichtsinniger, privater Schuldenmacher tut: durch Verzehren von Vermögen und durch Pump im Ausland. Nur daß es in den ersten vier Jahren auch die Sparvermögen der Witwen und Waisen waren, die wir alle mitverzehrten. Man erkennt und versteht diese Vorgänge nicht richtig, wenn man nicht begreift, daß es sich hier nicht etwa nur um eine undegressische Niederkrisis, sondern um einen progressiven Verarmungsprozeß größten Stiles handelt. Die Verarmung ist noch im Fortschreiten. Die Dynamik aber in diesem ganzen Vorgang, die bewegende Kraft hinter dem mannigfaltigen Bild, ist das Lebendige, das Menschenleben, der riesige Industriekörper hier, welchem man die Märkte zum Teil weggenommen hat, welcher die alte Existenzweise fortsetzen will und sie doch nicht fortsetzen kann und darf. Worum handelt es sich also? Um Menschenleiber, um Frauen und Kinder, um deutsche Haushalte, die in Gefahr sind ihr Sonnenlicht zu verlieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260130019/fragment/page=0001

Die Unterredung zwischen Briand und Chamberlain.

Die gestrige Unterredung zwischen Chamberlain und Briand in Paris dauerte von heute vormittag 10 Uhr bis gegen 12 Uhr 15 Min.

Briand erklärte den ausländischen Pressevertretern, Chamberlain und er hätten bezüglich der verschiedenen von ihnen gestreiften Fragen keine endscheidenden Beschlüsse gefaßt. Es habe sich auch hier wieder der auf beiden Seiten bestehende außerordentlich lebhafte Wunsch nach einer engen und herzlichen Zusammenarbeit in allen Fragen kundgetan.

Chamberlain bemerkte alsdann, der Meinungsaustausch mit Briand lasse keinen Zweifel darüber, daß Briand und er das Mittel finden werden, in Zukunft ebenso zusammenzuarbeiten wie bisher.

Ueber die deutschen Forderungen betr. die Stärke der alliierten Besatzungstruppen im Rheinlande erklärte Briand, diese Frage sei von den deutschen Zeitungen polemisch behandelt worden. Sie werde aber im Geiste von Locarno geregelt werden, indem man einerseits die Lasten der deutschen Bevölkerung auf ein Mindestmaß herabsetzen und andererseits die Sicherheit der alliierten Truppen Rechnung tragen werde. Seit Locarno sei übrigens ein großer Teil der Wünsche Deutschlands bereits verwirklicht worden. Was noch übrig bleibe, werde leicht zu regeln sein. Ebenso werde auch die Frage der Entwaffnung ihre Lösung finden. Chamberlain erklärte, man müsse das überblicken, was seit Locarno bereits getan worden sei, und das sei ein ungeheurer Fortschritt. (— Wir Deutschen sind anderer Ansicht. Die Schriftleitung.)

Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts der vorbereitenden Abrüstungskonferenz machten Briand und Chamberlain keine genauern Angaben. Chamberlain betonte jedoch, sein Programm sei in keiner Weise geändert worden. Was die Bedingungen, die die Vereinigten Staaten für ihre Teilnahme an dieser Konferenz gestellt haben sollen, betrifft, so hat, wie Briand erklärte, Amerika bis jetzt amtlich noch nicht mitgeteilt, daß es die Seeabrüstung vom Programm ausgeschlossen zu wissen wünsche.

Beide betonten zum Schluß ihre Ansicht, daß ein Gesuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund unmittelbar bevorstehe.

Englisch-italienisches Mittelmeerabkommen.

Dem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" zufolge hofft die britische Regierung, daß infolge des britischen Entgegenkommens in der Schuldenfrage die italienische Diplomatie ein wertvoller Verbündeter der britischen Diplomatie auf zahlreichen Gebieten um das Mittelmeer herum sein werde. In amtlichen Kreisen werde versichert, daß kein endgültiges oder formuliertes politisches Einvernehmen bestehe. Es sei jedoch infolge der Führungnahme die zwischen dem Foreign Office und der italienischen Delegation stattfand, bekannt, daß die politische Seite des Falles erörtert wurde.

— Wir haben seinerzeit in einem Leitartikel vorausgesagt, daß Italien sehr günstige Schuldenbedingungen erhalten würde. Das ist eingetroffen: es hat im ersten Jahre 40 Millionen Goldmark, in den zwei nächsten 80 Millionen, für die vier weiteren Jahre 85 Millionen, von da ab bis 1986/87 90 Millionen Goldmark (in englischen Pfunden) zu zahlen. Das bedeutet eine Verzinsung von etwas über ½ Proz., oder praktisch gesprochen, eine Amortisation des Kapitals in Raten von jährlich etwas über ½ Proz. unter Versicht auf Verzinsung.

Wir legten in dem Artikel weiter zugrunde, daß das eigentliche Ziel der Londoner Verhandlungen eine politische Vereinbarung sei. Jetzt haben wir die Bestätigung. Denn „in amtlichen (englischen) Kreisen wird versichert, daß kein endgültiges oder formuliertes politisches Einvernehmen bestehe". Das heißt, aus der Diplomatensprache in Alltagsdeutsch übertragen: es besteht ein einstweiliges unformuliertes Abkommen; das genügt vollständig, denn ein gleiches Abkommen genügte, 1914 ein England an Frankreichs Seite gegen Deutschland treten zu lassen.

Man wird also annehmen dürfen, daß es England gelungen ist, Italien von dem bisher befreundeten Rußland weg in die antirussische Front Englands hinüberzuziehen genau wie es 1915 seine alte Freundschaft zu Deutschland gegen das Bündnis mit England aufgab.

Fraglich bleibt nur, welchen Preis England außer den günstigen Schuldenbedingungen noch gezahlt hat. Die plötzlichen deutschfeindlichen Demonstrationen in ganz Italien, die offensichtlich planmäßig organisiert sind und an die Zeit von Italiens Eintritt in den Weltkrieg erinnern, lassen befürchten, daß auch hier die Vermutung des erwähnten Leitartiklers zutrifft: daß Deutsch-Oesterreich der Kaufpreis ist.

Weitere deutschfeindliche Demonstrationen in Italien.

Der Züricher „Tag. Anz." meldet aus Mailand: Auch hier ist es zu deutschfeindlichen Kundgebungen gekommen. Eine hundertköpfige Menge lärmte vor mehreren Buchhandlungen des Domplatzes in denen deutschsprachige Bücher ausgelegt sind erzwang die Entfernung der Bücher in deutscher Sprache aus den Schaufenstern.

Die Menge, die inzwischen auf einige Tausend angewachsen war durchflutete dann die Straßen der inneren Stadt und setzte ihre Tätigkeit mit Erfolg in den übrigen Buchhandlungen fort. Unter dem Absingen nationaler Lieder zerstreuten sich in der 5. Nachmittagsstunde die Demonstranten.

*

Nach einer Meldung aus Rom veranstalteten gestern abend in Florenz und Lecce Studenten gleichfalls Protestkundgebungen gegen den „italienfeindlichen Feldzug" in Deutschland. Zu Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen.

Antrag auf Gegenmaßnahmen.

Die Deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags ersucht in einem Antrag, die Genehmigung zur Errichtung neuer italienischer Schulen in Preußen solange zu versagen und die bestehenden italienischen Schulen solange zu schließen, bis der deutschen Bevölkerung in Südtirol wieder die Möglichkeit des Unterrichts in ihrer Muttersprache gegeben ist.

Sparen, sparen, sparen!

Der Preußische Landtag begann am Donnerstag die allgemeine Besprechung des Preußischen Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926. Der Grundton, auf den die Reden der verschiedenen Parteivertreter abgestimmt waren, lautete: Sparen! Sparen! Sparen! Die Meinungen differierten nur über das Wie. Der Sozialdemokrat Dr. Waentig (Halle) versprach sich von noch weiteren Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung keine entscheidende Wirkung für die Wiedergesundung der Finanzwirtschaft und forderte dafür mehr Sparsamkeit in der Privatwirtschaft, insbesondere auch durch Vermeidung der augenblicklichen Ansammlung von Privatvermögen. (Also die staatliche Futtertrippe muß bleiben, aber die, die nicht daran sitzen, sollen keinen Pfennig haben dürfen. Herausfordernder kann wirtschaftliche Blindheit und politische Ausbeutung des Volkes sich schwerlich äußern. Die Schriftltg.)

Der Deutschnationale v. d. Osten trat gerade für größte Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung ein. Er konnte nicht einsehen, daß z. B. die Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien notwendig gewesen sei und meinte auch, die neue Landgemeinde-Ordnung würde, wenn sie Gesetz wird, ganz erhebliche Mehrausgaben bringen. Nach ihm sind zur Gesundung unserer Wirtschaft namentlich zwei Dinge unerläßlich: Reduzierung der Zinsfüße und langfristige, billige Kredite für die Landwirtschaft. Herr v. d. Osten meinte, es wurden nur 50 Millionen realisierbarer Wert bei einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten herauskommen.

Die Opposition der Linken hatte der deutschnationale Redner gegen sich, als er sich dafür einsetzte, daß der Staatsrat zu einer ersten Kammer ausgebaut werde und eine wirksame Vertretung der wichtigen Berufsgruppen enthalten solle.

Auslandsanleihen lehnte Herr v. d. Osten im Gegensatz zu Dr. Waentig ab.

Der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Schmedding, empfahl als radikales Sparmittel den Abstrich von 10 Prozent überall da im Etat, wo nicht gesetzliche oder vertragsmäßige Verpflichtungen vorliegen. Dann wandte er sich gegen die Steuerpolitik des Reiches, die die Leistungsfähigkeit der Länder nicht berücksichtige und dazu beitrage, daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches in Frage gestellt wird, wenn es die Länder immer mit neuen Aufgaben belaste und zu unsozialen Steuern zwinge, während es selbst soziale Steuererleichterungen durchführe.

Dr. Schmedding gab zugleich die Meinung der Mehrheit des Hauses wieder, wenn er betonte, daß immerhin Anzeichen der Besserung in der Wirtschaft vorhanden seien, wie die Zunahme der Spartätigkeit und die Vermehrung des Exports.

Der Abg. Dr. Wiemer (DVp.) wünschte das Verschwinden der steuerlichen Ueberlastung und sprach dem Finanzminister den Dank dafür aus, daß es gelungen sei, die Ausgaben des Staates herabzusetzen. Weiter vertrat er die Anleihepolitik des Staates — die auch auf dem inneren Markte befriedigt werden solle — zugunsten der werbenden Ausgaben. Stärkung des inneren Marktes und Förderung des Exportes seien für die wirtschaftliche Wiedergesundung notwendig.

Er sowohl wie der Deutschnationale v. d. Osten bestätigten noch flüchtig das Gebiet der Außenpolitik, indem sie dagegen protestierten, daß trotz Locarno eine weitere Verschärfung der Besatzungslasten eingetreten sei.

Der türkische Abgeordnete Jahja Kemal Bey hat gestern den ratifizierten Freundschaftsvertrag zwischen der Türkei und Jugoslawien nach Belgrad gebracht. Der Vertrag, durch den Jugoslawien über die Türkei auch in freundschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland tritt, hat angesichts der englisch-italienischen Verständigung und des italienisch-jugoslawischen Gegensatzes besondere Bedeutung.

Reichslandbund in Kassel.

Unter starker Beteiligung von mehr als 10 000 Mitgliedern fand am Donnerstag in Kassel der sechste Reichslandbundtag statt. Der Andrang war so groß, daß zu gleicher Zeit vier große Versammlungen in den Riesensälen Kassels stattfanden. In der Hauptversammlung sprach der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Hepp über

„die Pflicht des deutschen Landvolkes zur Selbstbehauptung".

Er gab zuerst der Enttäuschung über Locarno Ausdruck, und ging dann auf die innere Krise über:

„Wenn die Parteien auf dem bisherigen Wege fortfahren sollten, so werde sich das Parlament selber um die letzten Reste seiner Autorität bringen. Notwendig sei eine Reform der Verfassung. Die Möglichkeit einer Besserung liege in einer Stärkung der Position des Reichspräsidenten. Mit dem aus Wahlen hervorgegangenen Parlament könne keine rein sachliche Politik gemacht werden.

Die Lage Deutschlands, insbesondere bezüglich seiner wirtschaftlichen Gestaltung, sei ganz ungeheuer ernst. In der Landwirtschaft sei gerade der hochintensivierte Betrieb am stärksten der Katastrophe ausgesetzt. Die Rentabilität der Landwirtschaft müsse wieder hergestellt werden. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten müßten in langfristige Realkredite umgetauscht werden. Der Gang der Handelspolitik müsse die deutsche Landwirtschaft mit größter Sorge erfüllen. Der Redner forderte,

Nachprüfung der Verpflichtungen aus dem Dawesvertrag.

Der Redner schloß mit den Worten: Woher unsere Mitglieder auch kommen mögen, wie groß auch die Scholle sei, die sie bauen, wie auch ihre Konfession sein mag: wir dienen dem Vaterlande, wir tragen in uns den Glauben an unser Volk, wir haben den Willen zur Freiheit. (Stürmischer Beifall!) — Ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurde der Vortrag des Reichslandbundpräsidenten Grafen v. Kalckreuth über

„Wege zur Gesundung der deutschen Wirtschaft".

Er führte aus, daß die Landwirte heute in einem Kampf um die nackte Existenz ständen. Selten sei wohl das deutsche Kabinett so das Resultat des unerhörtesten Parteischachers gewesen, wie das neue Kabinett. Der Redner forderte gleichfalls eine Verfassungsreform, die die Regierungsbildung in die Hand des Reichspräsidenten legt, und dem von demagogischen Rücksichten abhängigen Reichstag eine zweite Kammer entgegensetzt. Der Reichslandbund werde auch der neuen Regierung objektiv und rein sachlich gegenüberstehen.

Das über der Landwirtschaft schwebende Damokles-Schwert der kurzfristigen Wechselverschuldung müsse beseitigt werden. Es dürfe nicht länger geduldet werden, daß das deutsche Getreide zu weit unter dem Weltmarktpreise liegenden Preisen ausgeführt werden müsse, weil der deutsche Markt für das deutsche Erzeugnis nicht aufnahmefähig sei, obwohl es billiger angeboten werde, als die Auslandsware.

Die jetzige Praxis unserer Wirtschaft heiße nicht „freie Bahn dem Tüchtigen", sondern Sicherung der Existenz des Untüchtigen. Die Tarifpolitik der Arbeiter sei nichts anderes als Gleichmachung der Leistung auf Grundlage der Leistungen des wenigst Tüchtigen. — Die hohen Steuern müßten abgebaut werden, alles müsse getan werden zur Abwendung der Katastrophe der deutschen Landwirtschaft.

In den Parallelversammlungen sprachen von den Vorstandsmitgliedern u. a. v. Richthofen-Boguslawitz und der Abg. Hilger. Abends fand eine geschlossene Festvorstellung im Staatstheater statt.

Die Lage der Reichsbahngesellschaft.

Einnahmerückgang um 2 Millionen täglich.

Widerspruch gegen den Schiedsspruch.

Vom 25. bis 28. Januar hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin seine regelmäßige Tagung ab. Im Vordergrunde der Erörterungen standen finanzielle Fragen. Die Einnahmen aus dem Reichsbahnbetriebe sind seit den Herbstmonaten entsprechend dem schwachen Güter- und Personenverkehr ständig zurückgegangen, so daß im Jahre 1926 die durchschnittlichen Tageseinnahmen voraussichtlich um etwa 2 Millionen Mark hinter den erwarteten Einnahmen von 15,6 Millionen Mark täglich zurückbleiben werden. Wenn auch der Gesamtbetrag des Geschäftsjahres 1925 den Voranschlag etwa erreichen wird, so mahnen doch die scharf zurückgehenden Einnahmen zu vorsichtiger Wirtschaftsführung.

Bei dieser Lage ist es für die Deutsche Reichsbahngesellschaft unerträglich, ihre Personalausgaben ohne gleichzeitige Tariferhöhung zu steigern. Indessen hat der Reichsarbeitsminister in dem schwebenden Arbeitsrechtsstreit den Schiedsspruch des Schlichters für verbindlich erklärt, der eine allgemeine Lohnerhöhung vorsieht.

Da in vielen Bezirken die Lohnsätze der Reichsbahnarbeiter über den allgemeinen Lohnsatz stehen ist der Verwaltungsrat der Ansicht, daß es genügt wenn an besonders teuren Orten die Löhne der Eisenbahnarbeiter durch Erhöhung der Ortslohnzulage der allgemeinen Lohnlage angepaßt werden. Da ferner nach Ansicht des Verwaltungsrates die Verbindlichkeitserklärung dem Reichsbahngesetz widerspricht, und für eine zwangsweise Festsetzung der Löhne von außen her das Gesetz keinen Raum läßt, wird der Verwaltungsrat danach § 44 des Reichsbahngesetzes beim Reichsgericht gebildete Reichsbahngericht unverzüglich anrufen.

Von Bedeutung für Verkehrsinteressenten ist die bevorstehende Verkürzung der Lieferfristen auf Vorkriegsverhältnisse sowie die Herabsetzung der Frachtstundungsgebühren von 3 auf 2 v. T.

— Der Einnahmerückgang von 2 Millionen täglich, also über 700 Millionen im Jahr, ist außerordentlich ernst zu nehmen. Denn er stellt die Dawesleistungen der Eisenbahn in Frage und würde das Reich zwingen, für den Fehlbetrag aufzukommen, was wieder den ganzen Reichsetat umstürzen könnte.

Fischfang bei Island.

In der „Deutschen Fischereizeitung" macht ein Isländer interessante Mitteilungen über den Fischfang in seiner Heimat. Unter den vielen bei Island auftretenden Fischen ist der Dorsch der nützlichste. Der Dorsch war in den letzten Jahren die Rettung der isländischen Wirtschaft und ausschlaggebend in der Handelsbilanz. Auf den ertragreichen Bänken im Süden — die isländischen Bänke sind die besten der Erde — geht in der Hauptsaison von Januar bis Mai die große Fischerei vor sich. Außerhalb der Westküste, etwa in der Mitte zwischen den Westfjorden und Ostersland, wurden im vorigen Jahr neue ergiebige Gründe entdeckt. Während die Fischerei im Süden in der letzten Winterhälfte stattfindet, ist die Westküste der Schauplatz der Frühlingsfischerei, Norden und Osten werden im Sommer befischt. Besonders auf den Westermannsinseln blüht der Motorboot-Fischfang. Auf den kleinen Klippeninseln wohnen etwa 2500 Menschen; zirka 80 große und kleine Motorfahrzeuge gehen von hier in See, und für drei Millionen Kronen Fische werden exportiert, trotzdem der Fang kaum fünf Monate lang betrieben werden kann. Das Nordland ist die Basis für die bekannteste Islandfischerei, den Heringsfang. Wenn im Juli die Heringsdampfer einlaufen, beginnt dort ein das Leben. Von allen Teilen des Landes kommen Motorboote, Kutter und Fischdampfer heran. Von Norwegen kommt eine ganze Flotte. Der Hafen von Siglufjord gleicht um diese Zeit einem Mastenwald. Tausende von Menschen strömen hier zusammen. Alle wollen bei dem großen Abenteuer dabei sein und ihr Los in der jährlichen Heringslotterie heben. Der Heringsfang ist ein äußerst riskantes Geschäft, das in einem Jahre Reichtümer erreichen, im nächsten ruinieren kann; es ist „launenhaft", wie der Hering selbst.

Die Strafsätze für ungesetzliches Fischen sind ziemlich hoch: Mindeststrafe 10 000 Goldkronen außer Beschlagnahme des Geräts. Ein Fischdampfer, der von den Ueberwachungsfahrzeugen innerhalb der Drei-Meilen-Zone mit fertigem Fanggerät angetroffen wird, wird mit 2000 Kronen Strafe belegt. Der Wert des gesamten Inland-Exports betrug 1924 etwa 70 Millionen Kronen. Viel gibt das Meer, aber es fordert auch viel. In jedem Jahre verlangt es seinen Tribut an Menschenleben. Es sei nur an die große Katastrophe des letzten Winters erinnert, als an einem Tage 80 junge Menschen ihrem schweren Beruf zum Opfer fielen.

Für und gegen den Bubikopf.

Heinrich Heine unterschied bei den Pflanzen bekanntlich zwei Arten solche, die man essen kann, und solche, die man nicht essen kann. Es gibt nun Männer, die die Mädchen gleichfalls in zwei Klassen teilen, in eine solche ohne und in eine solche mit Bubikopf. Die ohne Bubikopf sagt: Ich will nicht alles Weibliche aufgeben und bleibe mir treu. Vielleicht bin ich etwas ängstlich und habe keine starke Entschlußkraft, aber viele Männer leben noch ein weiblliches Weib. Die mit Bubikopf sagt: Ich setze mich über alles Herkömmliche hinweg, mache die Mode mit und zeige, daß ich meinen Willen durchsetze und daß auch die neueste Haartracht mich kleidet. (Ob das letztere immer der Fall sein wird, ist zum mindesten sehr zweifelhaft.) Ueber die neue Haartracht der Frauen haben wir verschiedene Ansichten aus Rede und Schriftum gesammelt. Den Nagel auf den Bubikopf trifft die Aeußerung, daß die Frauen hier aus der Not („an Haarwuchs) eine Tugend gemacht haben. Ein Frauenpsychologe meint: „Das höchste Gebot der Frau ist, dem Mann zu gefallen, das allerhöchste aber, der Mode zu gehorchen." Recht grob antwortet einer: „Lieber als der falsche Zopf — ist mir stets der Bubikopf." Ein anderer haut in die gleiche Kerbe: „Früher waren die Frauenfrisuren eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, der Bubikopf ist eine Mandung zur Wahrheit." Sehr viele stimmen darin überein, daß für Frauen mit schönem und reichem Haar der Bubikopf ein Unding sei. Das Gleiche empfinden wohl die meisten Besitzerinnen wirklich schönen Haares. Bezeichnend ist der Ausspruch: „Die Frau hat heute zu stundenlangen Frisuren keine Zeit mehr", denn es gibt offenbar damit einen der Hauptgründe für das Aufkommen und schnelle Verbreiten dieser Moden. Ein anderer sagte: „Zeit ist Geld, Frisuren kosten Zeit und Geld, also doppeltes Geld. Es lebe der sparsame Bubikopf!" — Noch ein anderer Beurteiler meinte: „Der kecke Bubikopf sagt zum Manne: „Geh' mit mir!" Der Mann geht nun zwar mit — sehr gerne sogar, nur nicht bis zum Standesamt. Und es hat tatsächlich den Anschein, als ob der Mann im allgemeinen Bedenken trage, ein Mädchen, das sich so schnell entschließt, sein Haar aufzugeben, zu ehelichen.

Kulturkuriosa.

Meldungen unseres Sonderberichterstatters für Kalau u. Umgegend. (Rest der Erdoberfläche.)

Herr Granit und Frau Gemahlin geb. Quarz.

Dem russischen Arzt Dr. Mannilow ist die Feststellung gelungen, daß auch Mineralien ihr „Geschlecht" haben und in männliche und weibliche eingeteilt werden können. — Es wäre ungemein interessant, zu erfahren, welcher Art da die Nachkommenschaft ist. Sollten die Ehegatten aber bisher noch keine Sprößlinge aufzuweisen haben, so wird ihnen nunmehr der Sinn ihrer Verschiedenheit in seiner ganzen Folgenschwere klar geworden sein, denn die Feststellung des Herrn Mannilow ist wirklich „zum Steinerweichen".

*

„Das größte Horn der Welt" (aufrecht kaum durch eine Tür zu befördern) hat eine amerikanische Musikinstrumentenfabrik hergestellt". — Da geht einem ja die Puste aus! Die Telegrammgebühr für das Wort „amerikanische" (Fabrik) werden wir unserem Berichterstatter aber nicht erlegen. Es dürfte wohl selbstverständlich sein, daß der zu dem größten Horn gehörige größte Hornochse nur im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten leben kann.

*

„Der Waschbär als Haustier ist die neueste Mode der Amerikaner." — Endlich einmal eine praktische Mode! „Die Axt im Haus erspart den Zimmermann". Was aber gedenkt der amerikanische Senat zu tun, um den arbeitslosen Waschbärenen zu helfen?

Eine sensationelle Premiere in Oslo.

Eine Wiener Zeitung bringt einen Brief ihres Osloer Korrespondenten zum Abdruck, worin dieser den Lesern seines Blattes die sensationelle Neuigkeit mitteilt, daß „im vornehmsten Theater der norwegischen Hauptstadt in diesen Tagen eine sensationelle Premiere stattgefunden hat". Unter Mitwirkung der bekanntesten norwegischen Schauspieler sei nämlich „das jüngste Stück eines der repräsentativsten norwegischen Schriftsteller, Algot Sandbergs", aufgeführt worden, das den etwas bekannt klingenden Titel „33 333" trage. — Das Algot Sandberg lange nach seinem Tode noch neue Stücke schreibt und damit in Oslo Sensation macht, ist allerdings in höchstem Grade sensationell. Algot Sandberg aber wird sich im Himmel, wenn Schriftsteller überhaupt dahin kommen können, ins Fäustchen lachen, über die Fixiakeit des Osloer Korrespondenten eines ersten Wiener Blattes. Es geht doch nichts über einen tüchtigen Auslandskorrespondenten!

Ein Bachkantaten-Klub in London. Eine neue musikalische Gesellschaft ist in London mit dem Bachkantaten-Klub ins Leben gerufen worden, der sich die Pflege der Bachschen Kantatenmusik zur Hauptaufgabe macht. Diese kostbaren Werke des Thomas-Kantors, die er Woche für Woche für den Gottesdienst schrieb, sind in England noch wenig bekannt und zum großen Teil noch niemals mit englischem Text veröffentlicht worden. Der neue Klub will die Welt der Bachschen Kantatenmusik in England heimisch machen und wird zunächst vier große Kantaten-Konzerte geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260130019/fragment/page=0002